

Proteste im Iran im Fokus – Zurückhaltung bei Stellungnahme

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 15. Juni bis 21. Juni

(mh) Das Topthema der letzten Woche waren die Proteste im Iran. Nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl ist es zu Demonstrationen gekommen. Der unterlegene Präsidentschaftskandidat, Mir Hossein Mussawi, verlangte, die Wahlergebnisse wegen Betrugs zu annullieren. Zwei weitere wichtige Punkte in den US-Medien waren Obamas Gesundheitsreform, die den Staat durch sehr hohe Kosten belasten wird, und die Finanzmarktreform.

Obwohl man jeden Tag von neuen Gewaltausbrüchen zwischen Miliz und Demonstranten im Iran hörte, wollten die Proteste kein Ende nehmen. Laut *Washington Post* gab es unbestätigte Berichte über Angriffe auf die Universität in Teheran, bei denen fünf Studenten getötet worden sein sollen. Niemand weiß genau, wie viele Menschen bei den Protesten schon ums Leben gekommen sind. Gegen Mitte der Woche wurde es Journalisten verboten, von der Straße aus zu berichten. Auch der Internetzugang wurde eingegrenzt, berichtete das *Wall Street Journal*. Ob Mahmud Ahmadinedschad die Wahl wirklich gewonnen hat, wird bis heute angezweifelt. Ein Experte der *Washington Post* berichtete jedoch, dass es keine soliden Beweise für Wahlbetrug gibt. Auch die *New York Times* machte deutlich, dass die Differenz der Wahlergebnisse zu groß ist, als dass diese gefälscht sein könnten. Als am Samstag Mussawi noch einmal verlangte, die Wahlergebnisse zu annullieren, wobei ihn Tausende von Demonstranten unterstützten, ging die Miliz mit Stöcken, Wasserkanonen und Tränengas gegen Protestanten vor. Obama hält sich bislang mit Stellungnahmen zu diesem Thema zurück.

Die von Obama geplante Gesundheitsreform würde laut *New York Times* eine Billion Dollar über zehn Jahre hinweg kosten und 16 Millionen Menschen zusätzlich krankenversichern. Demnach wären immer noch 36 Millionen Menschen ohne Krankenversicherungsschutz. Außerdem wird es Obama so kaum gelingen, Rücklagen anzulegen, stellte der Direktor des Congressional Budget Office CBO im Interview mit *USA Today* fest. Die Demokraten suchen derweil nach Wegen, Kosten zu reduzieren. Wie Umfragen der *New York Times* zeigten, befürwortet die Mehrheit der Amerikaner die neue Gesundheitsreform.

Während die *New York Times* und die *Washington Post* sich beschwerten, dass die Finanzmarktreform nicht weit genug gehe, berichtete das *Wall Street Journal*, dass fast alle Aspekte des Bankwesens und der Märkte von der Finanzregulierung beeinflusst würden. *Los Angeles Times* und *Washington Post* wiesen darauf hin, dass die Gesetzgeber Bedenken haben, der US-Notenbank so viel Macht zu geben, was zugleich der umstrittenste Punkt der Verordnung sei.

Quellen:

<http://online.wsj.com/home-page>

www.nyt.com

<http://www.latimes.com/>

<http://www.usatoday.com/>

www.slate.com

<http://www.washingtonpost.com/>